

## **Aus dem Bundesverband und dem dbb**

Große Aufregung gab es im dbb- beamtenbund und tarifunion - über eine Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Berlin über die Vermögensverteilung in Deutschland. Nach der Aussage dieses Berichtes konnte man den Schluss ziehen, dass die Beamten überversorgt sind und die wohlhabendste Gruppe überhaupt ist. Der Deutsche Beamtenbund wies diese Darstellung zurück, sie sei faktisch falsch und unseriös. Denn mehrere wesentliche Unterschiede seien bei dem verkürzten Vergleich der Durchschnittswerte von Renten- und Pensionsansprüchen unberücksichtigt geblieben. Die Aufzählung der nicht berücksichtigten oder vergessenen Punkte sind nach Auffassung unserer Dachorganisation folgende:

- Für einen korrekten Vergleich müssen die Arbeitslosen aus der Berechnung der Durchschnitts-Renten herausgenommen werden.
- Es wird nicht berücksichtigt, dass Pensionäre keinen Anspruch auf Betriebs- oder Zusatzrente haben, was in der in der Privatwirtschaft durchaus üblich ist.
- Der höhere Aus- und Fortbildungsstand eines „durchschnittlichen Pensionärs“ muss berücksichtigt werden.
- Das Ruhegehalt der Beamten muss noch bis zum Jahr 2040 deutlich höher versteuert werden als die Renten.
- Pensionäre müssen die gerade im Alter steigenden Beiträge für ihre private Krankenversicherung aus ihrer Pension bestreiten.

Die Vernachlässigung dieser Faktoren ist unseriös und trägt wenig zur sachlichen Debatte bei.

## **ADAC umwirbt Senioren**

Einen Seniorenverband will der Automobilclub ADAC gründen, um die Interessen der älteren Generation zu vertreten. Gleichzeitig sollen diesen teilweise sehr kaufkräftigen Verbrauchern maßgeschneiderte Dienstleistungen und Produkte wie Versicherungen oder spezielle Testberichte angeboten werden. Es solle ein überparteiliches und unpolitisches Netzwerk für die Generation 60 plus entstehen, heißt es beim ADAC. Das Geheimprojekt trägt den vorläufigen Arbeitstitel „Christopherus“. Der Automobilclub will Millionen investieren und hat eigens eine Unternehmensberatung engagiert. Vorbild oder möglicher Kooperationspartner ist die amerikanische Seniorenorganisation AARP, in der 40 Millionen Mitglieder organisiert sind. Die „American Association of Retired Persons“, ist die größte Seniorenorganisation der Welt. „Wir glauben an die Prinzipien eines gemeinsamen Ziels, einer gemeinsamen Stimme und an eine kollektive Kaufkraft“, lautet das Motto dieser mächtigen Lobbyorganisation aus den USA. Die AARP sucht einen Netzwerkpartner in Deutschland, der seinen reisenden Senioren ähnliche Serviceleistungen und Vergünstigungen bietet

wie in den USA. Der ADAC könnte im Gegenzug nach dem Vorbild von bestehenden Kooperationen unter Automobilclubs auf die Dienste der AARP in den US zurückgreifen.

Quelle: Der Spiegel Nr. 51.2009

## **Rentenversicherung**

Die 20 Millionen Rentner in Deutschland müssen sich in diesem Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine Nullrunde einstellen. Grund ist die schwache Lohnentwicklung 2009, an der sich die Renten orientieren. Eine eigentlich fällige Rentenkürzung wird durch die neue Rentenschutzklausel aber verhindert. Die Deutsche Rentenversicherung bestätigte die sich abzeichnende Nullrunde nicht, zeigt sich aber von der Entwicklung nicht überrascht. Erst Ende März lagen alle für die exakten Berechnungen notwendigen Daten vor. Vor der Gefahr einer steigenden Altersarmut als Folge von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen warnte der Präsident der DRV. Die Monatsrente eines Hartz IV Empfängers erhöhe sich derzeit für ein Jahr Arbeitslosengeld II Bezug um 2.09 €. Der Bund müsse daher mehr Geld für die Altersvorsorge der Langzeitarbeitslosen in die Rentenkasse einzahlen als bisher.

## **Gesetz gegen Steuerflucht - eine Lachnummer**

Das kürzlich beschlossene schärfere Gesetz gegen die Steuerhinterziehung ist nur eine Drohung. Die geplanten Sanktionen kommen nicht zur Anwendung, weil es aus der Sicht des Finanzministeriums keine Steueroasen gibt. Aktuelles Schreiben des BMF: Zum 1. Januar erfüllte kein Staat oder Gebiet die Voraussetzung für Maßnahmen nach dem Gesetz gegen Steuerhinterziehung.